

## **Rudolf Dressler:**

### **Impulsreferat anlässlich des 1. Symposions der Deutschen Initiative für den Nahen Osten am 27.01.07 in Münster**

„Wer die Wirklichkeit verändern will, muss zunächst bereit sein, diese zur Kenntnis zu nehmen.“ Als der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, diesen Satz formulierte, hatte er wohl nicht den Nahen Osten im Blick. Der Satz ist — obwohl banal — dennoch so allumfassend, dass er auf alles bezogen werden, jeder Situation als Grundlage dienen kann.

Die israelische und die palästinensische Wirklichkeit haben mindestens eines gemeinsam: Obwohl beide Seiten viel Zeit benötigen einen stabilen Frieden zu organisieren, miteinander und untereinander, dürfen sie keine Zeit verlieren damit zu beginnen. Denn eines haben beide Seiten nicht: viel Zeit.

Angesichts dieser Wirklichkeit, angesichts der schrecklichen Resultate der jüngsten kriegerischen Auseinandersetzung zwischen dem Libanon und Israel, fällt es schwer sich der politischen Vernunft zuzuwenden. Gleichwohl gibt es zu diesem Weg keine vernünftige Alternative. Auch dann nicht, wenn das Aggressionsprogramm der in der Palästinensischen Autonomie regierenden Hamas, den Weg der politischen Vernunft bis heute nicht begehen will.

Israel hat kaum Optionen, wenn der jüdische Staat nicht in Frage gestellt werden soll.

Nach Aussage von Experten bewirkt die demographische Entwicklung, dass Israel in ungefähr zwanzig Jahren eine Bevölkerungsmehrheit mit einer Bevölkerungsminderheit besetzen müsste, wenn sich am derzeitigen Zustand nichts ändert. Auf diese Option zu setzen, bedeutet die wahrscheinliche Fortsetzung der sogenannten zweiten Intifada durch radikale Kräfte der Palästinenser hinzunehmen oder sogar eine dritte, noch gewalttätigere Intifada als Flächenbrand zu ignorieren. Es würde auch bedeuten, neben einem Pulverfass ein demokratisches Staatswesen aufrecht zu erhalten. Es würde bedeuten, Tausende junger Israelis zum Schutz eigener Staatsbürger, der Siedler, als Soldaten in besetzte Gebiete zu befehlen. Es würde weiterhin bedeuten, der eigenen Bevölkerung Milliarden an Steuergeldern abzuverlangen, um die Besetzung finanzieren zu können.

Darüber hinaus müsste Israel der internationalen Staatengemeinschaft, auch seinem wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten, erklären, dass ein palästinensischer Staat nicht mehr von Israel akzeptiert würde. Es darf davon ausgegangen werden, dass für eine derartige Option in Israel keine demokratische Mehrheit zu finden ist. Genauso so unrealistisch wäre die Überlegung die Besetzung zu beenden und die Palästinensische Autonomie zum israelischen Staatsgebiet zu erklären.

Losgelöst von der Tatsache, dass darüber mit der internationalen Staatengemeinschaft nicht zu reden sein wird, für Israel bliebe der demographische Faktor. In ungefähr zwanzig Jahren würde eine nichtjüdische Mehrheit in der Bevölkerung die parlamentarische Zusammensetzung zwangsläufig so verändern, dass der „jüdische Staat Israel“ zur Disposition stehen könnte. Das gesamte Spektrum der Parteien im israelischen Parlament hat wegen dieser Schlussfolgerung das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge in allen bisherigen Verhandlungen übereinstimmend verneint. Wer diese Option weiter durchdenkt, landet zwangsläufig in Südafrika. (Ein Apartheidsystem wäre die Antwort. Auch hier darf davon ausgegangen werden, dass eine demokratische Mehrheit für eine solche Überlegung in Israel nicht zu finden sein wird.)

Von welchem Ende aus man Israels Zukunft auch analysiert, es bleibt als realistische Zukunftsprognose, nur die Akzeptanz eines Staates Palästina. Man kann es zugespitzter formulieren: Der Staat Palästina ist Garant für die Existenz des jüdischen Staates Israel.

Die Akzeptanz eines Staates Palästina. Unausgesprochen gehört der Terminus „lebensfähig“ dazu. Ein lebensfähiger Staat Palästina ist nicht entstanden, wenn es zur Proklamation gekommen ist. Zu einem lebensfähigen Staat gehören Sachverhalte, die sofort gegeben sein müssen und solche, die wachsen, die eine zunächst nicht quantifizierbare Zeitschiene benötigen, bis sie entstanden sind.

Die Vereinigung einer Vielzahl von Menschen innerhalb eines abgegrenzten geographischen Raumes, hier als Staat Palästina, assoziiert zunächst, dass dies ohne größere Schwierigkeiten möglich erscheint. Der einseitige Rückzug Israels aus dem Gazastreifen und die Ankündigung der Regierung ähnlich in der Westbank zu verfahren, macht sichtbar, wo die Schwierigkeiten entstehen können.

Der einseitige Rückzug impliziert ohne „wenn und aber“, dass die Repräsentanten des neuen Staates weder gefragt werden, noch über den abzugrenzenden geographischen Raum, der ihren Staat darstellen soll, verhandeln können. Der einseitige Rückzug stellt fest, welche Grenzen und damit Größe, welche Verbindungen und damit Lebensfähigkeit der geographisch von Israel abgegrenzte Raum haben würde. Zu unterstellen, dieser Weg sei fast problemlos zu vollziehen, blendet Verhandlungsversuche, Übereinkünfte und Verträge mindestens der letzten fünfzehn Jahre aus. Eine solche Unterstellung blendet darüber hinaus auch die palästinensische Wirklichkeit nach sechs Jahren sogenannter zweiter Intifada aus.

- Losgelöst von einem Staatsgebiet;
- losgelöst von der Frage, ob es überhaupt eine palästinensische Repräsentanz geben würde, die sich zum Staat erklärt;
- losgelöst von der Frage welche Staatsform sich neben Israel bilden würde, auf die im Analogieschluss zum einseitigen Rückzug Israel nicht einmal mittelbaren Einfluss hätte;
- zur Lebensfähigkeit eines Staates zählen weitere unverzichtbare Grundlagen über die nicht verhandelt werden soll, die gleichwohl Israel in unmittelbare Verantwortung zwingen wird.

Es wird kolportiert, dass das palästinensische Bruttosozialprodukt (BSP) zu über 75 Prozent von Israel abhängen soll; das BSP Israels zu etwa 25 Prozent von der Autonomie. Anders ausgedrückt: Israel könnte mit Einschränkungen ohne Palästina existieren. Umgekehrt wäre auf lange Sicht Palästina ohne Israel nicht lebensfähig.

Der Aufbau eines Staates Palästina bedingt also — unabhängig vom Engagement der Staatengemeinschaft — über einen langen Zeitraum direkte israelische Hilfe. Das Zauberwort „Finanztransfer“ bleibt unerwähnt. Auf diese Tatsache ist die israelische Gesellschaft kaum vorbereitet. Die große Mehrheit reagiert auf die Frage nach einem palästinensischen Staat reflexartig: „Ja, so bald wie möglich“ oder „Am besten sofort“. Ein gesellschaftlicher Diskurs findet nicht statt. Die Imponderabilien sind nicht nur nicht aufbereitet, sie waren und sind bisher kein Thema.

Die unabdingbaren Definitionen für einen Staat würden auch den Nachbarn Israel betreffen. Neben dem Staatsgebiet sind das u.a. die Staatsgewalt, die Staatsorgane, die Staatsform, die Staatsaufsicht, die Finanzwirtschaft, die Staatsgarantien, Staatsdienstbarkeiten, Staatshoheit, Staatsdotationen und das Staatsrecht. Viel Zeit wird benötigt um das alles zu leisten.

Und dann das für die Bevölkerung direkt spürbare Bildungs- und Sozialwesen, beides verträgt in so einer Aufbauphase keine abstrakten Diskurse. Die Erwartungen der Menschen beginnen bereits vor der Proklamation: Arbeit, Wohnen, Nahrung, Bildung.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit Israels lässt vermuten, dass der Diskussionsprozess erst dann einsetzt — und damit innergesellschaftliche Konflikte — wenn Politik den Rahmen für einen Staat Palästina festgelegt hat. Ähnlich wird es in der Autonomie ablaufen. Kein

politischer Vertreter in Ramallah oder Gaza wird es wagen öffentlich einzugestehen, dass ein Staat Palästina auf unabsehbare Zeit ohne israelische Hilfe nicht lebensfähig wäre.

Die Illusion mit der Proklamation eines Staates Palästina hätten beide Seiten ihre Probleme weitgehend gelöst, ist verbreitet und wird zeitweise geschürt.

Gleichwohl hat Israel keine Alternative. Der lebensfähige Staat Palästina ist Garant für die Existenz des jüdischen Staates.

Gegebene Parameter zwingen Israel sich zu entscheiden.

Über allem thront der Zeitfaktor. Die israelische Politik kann es sich nicht leisten, die demographischen Aussichten zu ignorieren.

Die Vorstellung, durch eine Masseneinwanderung die Demographie zu besiegen, kann ernsthaft nicht als Lösungsfaktor herhalten.

Wenn die Bevölkerungswissenschaft von etwa zwanzig Jahren spricht, in denen sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben, hat Politik bei realistischer Betrachtung zehn Jahre um den Prozess einer Staatsgründung zu vollziehen. Man empfindet das als langen Zeitraum. Der Blick auf den ungelösten Problemkorb hingegen, lässt ahnen, dass dieser Zeitrahmen für beide Seiten eng ist.

Einerseits hat Israel aus existentiellen Gründen des jüdischen Staates keinen unbefristeten Entscheidungsspielraum. Andererseits drängt die soziale Wirklichkeit in der Autonomie zur Eile. Es ist müßig dem Versuch zu erliegen eine Analyse zu wagen wer gejagter von beiden ist.

Ob die Wahlsieger von Ramallah und Gaza bereits willens sind sich diesen Realitäten zu stellen, erübrigt die Frage ob sie dazu fähig sind? Die Hamas-Organisation muss zunächst zur Partei mutieren und ihre Grundlage — die Zerstörung Israels und die Anwendung von Gewalt — verlassen. Der dafür nötige Zeitrahmen geht beiden Seiten verloren. Auch bei dieser Tatsache ist es müßig zu analysieren welcher Seite diese verlorene Zeit mehr schadet.

Wenn die israelischen Wahlen und die wöchentlichen Meinungsumfragen einen Trend signalisieren, darf davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit im Parlament daran festhält den Rückzug fortzusetzen. Ab wann die palästinensische Seite sich selbst eine Grundlage schafft um Verhandlungspartei sein zu können, kann nicht eingeschätzt werden. Je länger es dauert, je mehr wird Israel Fakten schaffen, die kaum als Verhandlungsgegenstand aufgerufen werden. Hier wirkt der Zeitfaktor zu Ungunsten der Autonomie und damit gegen Hamas. Ob die neue palästinensische Opposition eine treibende Rolle spielen will, darf eher bezweifelt werden.

Der „Count-down“ hat längst begonnen. Gleichwohl benötigt die Region viel mehr Zeit als Europäer und die USA gegenwärtig intellektuell bereit sind einzuräumen. Den Berg von Problemen politisch einer Lösung zuzuführen ist das eine; religiöse Fragen damit zu verknüpfen oder sie auszuklammern, das andere. Wer von einer Finallösung bei solcher Gemengelage ausgeht, muss acht geben, dass er nicht durch einen Alptraum geweckt wird.

Die Demographie grenzt den Zeitrahmen für Israel ein. Die soziale Lage der Palästinenser setzt deren Zeitrahmen Grenzen. Hinzu kommen für die Palästinenser von Israel einseitig gesetzte Fakten, wenn Terror zum Regierungsprogramm erklärt würde. Auf den Zeitfaktor zu setzen bringt keiner Seite einen Vorteil. Alle Zeit wird dringend gebraucht Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen. Beide Bevölkerungen haben keine Zeit zu warten.

Ich habe mir im Verlauf meines Lebens nie Gedanken machen müssen über die Existenzberechtigung meines Landes, obwohl Deutschland im vorigen Jahrhundert die Welt zweimal an den Abgrund brachte.

Meine Sozialisation unterscheidet sich grundlegend von derjenigen eines Israelis.

- Keine tägliche Bedrohung!
- Keine Aberkennung der Existenzberechtigung!

- Kein Kampf um den eigenen Staat!

Deshalb gebrauche ich das Wort „Sicherheit“ als Schlüsselbegriff für einen Wiedereinstieg in einen konstruktiven Nahostprozess.

Die Staatengemeinschaft muss für Israel Sicherheit erarbeiten. Auf der Grundlage von „Sicherheit“ ist es leichter, das zu präzisieren und zu vereinbaren, was Premierminister Ariel Sharon mit dem Begriff „schmerzhaft Kompromisse“ umschrieben hat.

Deutsche Regierungen haben nie Zweifel daran gelassen, dass sie Israel dabei helfen wollen. Unsere Hilfe steht unter der Maxime, die deutsche Regierungsvertreter, die alle Fraktionen des Bundestages immer wieder deutlich gemacht haben:

Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsraison.

Deshalb erlaube ich mir von vielen klugen, das deutsch-israelische Verhältnis beschreibenden Sätzen des Schriftstellers Amos Oz eine Mahnung in Erinnerung zu rufen:

„Die Vergangenheit ist immer gegenwärtig und wird immer gegenwärtig bleiben; doch man muss sich daran erinnern, dass die Vergangenheit **uns** gehört und **nicht wir ihr.**“

Vor einigen Monaten erinnerte uns das Wochenblatt „Die Zeit“ daran, dass wir im Schatten Hitlers leben. Nicht weil eine Wiederkehr des Nationalsozialismus droht, sondern weil sich der Nationalsozialismus entwirklicht, an Realität verloren hat.

Es gibt eine neue Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Nationalsozialismus.

Nicht, weil der Gegenstand seine Schrecken verloren hat, sondern weil sich der Schrecken vom Gegenstand gelöst hat.

Es geht darum den Gegenstand wach zu halten.